

RESOLUTION MAIKLAUSUR 2022

Aktueller Stand 17.05.2022

„Der Ukraine-Krieg – geopolitische Zeitenwende und seine Auswirkungen auf Bayern“

1. Der Ukraine-Krieg - eine geopolitische Zeitenwende

1 Der völkerrechtswidrige Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine hat die bis-
2 herige internationale und europäische Nachkriegsfriedensordnung massiv und nach-
3 haltig erschüttert und eine neue geopolitische Lage geschaffen. 80 Jahre nach dem
4 Zweiten Weltkrieg, fast ein halbes Jahrhundert nach den Verträgen von Helsinki und
5 drei Dekaden nach der Eskalation auf dem Balkan ist das für viele Menschen lange
6 Unvorstellbare eingetreten: ein erneuter Krieg mitten in Europa.
7 Der Ukraine-Krieg markiert dabei zweifellos eine Zeitenwende. Denn nicht nur die
8 deutsche Sicherheitspolitik, sondern auch die europäische und internationale Sicher-
9 heitsarchitektur stehen am Beginn einer neuen Ära. Deutschland muss dabei seine
10 historisch bedingte Rolle an der Seitenlinie der Welt abstreifen
11 und künftig diejenige supranationale Verantwortung übernehmen, welche der Bundes-
12 republik qua Wirtschaftskraft und Bevölkerungsstärke im Konzert der Staaten dieser
13 Erde zuwächst. Diese Rolle ist stets im engsten Schulterschluss mit allen Mitgliedstaa-
14 ten der Europäischen Union (EU) sowie mit unseren Bündnispartnern zu sehen.
15 Am Exempel des Ukraine-Krieges wird sich darüber hinaus entscheiden, ob es den
16 liberalen Demokratien gelingt, dem Machtstreben autoritärer Kräfte entgegenzuwirken
17 und unsere westliche Werteordnung zu verteidigen. Wehrhafte Demokratien auf der
18 Basis westlicher Werte und Freiheiten sind das Grundgerüst zur Renaissance der pan-
19 europäischen Friedensordnungen und Sicherheitsarchitekturen.
20 Als FREIE WÄHLER Fraktion begrüßen wir daher die Geschlossenheit der westlichen
21 Bündnispartner bei der Unterstützung der Ukraine sowie das entschlossene Auftreten
22 gegenüber dem russischen Aggressor durch die Verhängung weitreichender Sanktio-
23 nen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Dies alles
24 zeigt aber zugleich auch – das transatlantische Bündnis funktioniert.

2. Stärkung der NATO

25 Die NATO als nordatlantisches Verteidigungsbündnis stellt das bedeutendste sicher-
26 heitspolitische Bündnis zur Gewährleistung weltweiter Sicherheit und politischer Sta-
27 bilität dar. Als Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten haben sich alle Mit-
28 glieder hierzu verpflichtet, ihre sicherheits- und verteidigungspolitischen Ziele gemein-
29 schaftlich zu verfolgen. Um dies zu erreichen, wurde zwischen den Bündnispartnern
30 unter anderem vereinbart, jährlich mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandspro-
31 dukts für Verteidigung auszugeben. Diese Zielvorgabe hat Deutschland bislang ver-
32 fehlt. Als FREIE WÄHLER-Fraktion stehen wir uneingeschränkt zum Zwei-Prozent-Ziel
33 der NATO-Partner. Nur mit dessen Erfüllung untermauern wir unseren Anspruch, ein
34 verlässlicher Bündnispartner zu sein.

35 Wir begrüßen vor diesem Hintergrund auch die Ankündigungen Finnlands und Schwe-
36 dens, angesichts des Ukraine-Krieges ebenfalls der NATO beitreten zu wollen. Diese
37 gezielte Erweiterung der NATO ist schnell und unbürokratisch umzusetzen.

38

3. Europäische Perspektive für die Ukraine und ihre Nachbarstaaten

39 Die Ukraine, Moldau und Georgien gehören ebenso wie die Westbalkanstaaten zur
40 europäischen Familie. Mit den zwischenzeitlich gestellten Beitrittsanträgen haben alle
41 drei Länder ihren Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union bekräf-
42 tigt. Diesen Wunsch nach einer stärkeren Anbindung an den Westen unterstützen wir
43 ausdrücklich. Im Interesse gerade dieser Länder und der Europäischen Union sind
44 aber Beitrittsperspektiven und -prozesse auch in Krisenzeiten sorgfältig vorzubereiten.
45 Um der Ukraine, Moldau und Georgien bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Hand zu
46 reichen und sie auf ihrem Weg Richtung Europa auch weiterhin tatkräftig zu unterstüt-
47 zen, sollten unserer Ansicht nach kurz- und mittelfristig neben der bereits vom franzö-
48 sischen Präsidenten vorgeschlagenen „Europäischen Politischen Gemeinschaft“ zu-
49 nächst auch Instrumente einer intensivierten europäischen Nachbarschaftspolitik und
50 den mit der Ukraine, Georgien und Moldau bestehenden Assoziierungsabkommen ge-
51 nutzt werden.

4. Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Bayern

52 Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind auch in Bayern spürbar. Steigende
53 Energiepreise, unterbrochene Lieferketten und die Angst vor Lebensmittelknappheit
54 infolge von Exportausfällen sind dabei nur einige Beispiele. Trotz der damit einherge-
55 henden Einschränkungen sind die Solidarität und Hilfsbereitschaft mit den Menschen,
56 die aus der Ukraine nach Deutschland flüchten, auch in Bayern nach wie vor ungebro-
57 chen und groß.

a) Humanitäre und geordnete Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine

58 Die grausamen Bilder der von russischen Soldaten verübten Gräueltaten an der
59 zivilen Bevölkerung, das unermessliche Leid der Menschen, die weiterhin im
60 Kriegsgebiet verblieben sind bzw. dort mangels Evakuierungsmöglichkeit aus-
61 harren müssen sowie das Schicksal und die traumatischen Schilderungen und
62 Erlebnisse der Menschen, denen es gelungen ist, aus der Ukraine nach
63 Deutschland zu flüchten, bewegen uns zutiefst. Es ist daher für uns eine Selbst-
64 verständlichkeit, dass wir diesen Menschen jegliche Hilfe, die sie benötigen,
65 zukommen lassen werden. Insbesondere unsere Kommunen stehen erneut vor
66 einer enormen Herausforderung bei der Unterbringung und Versorgung der zu
67 uns kommenden Menschen aus der Ukraine. Aber auch in der Zivilgesellschaft
68 ist die Hilfsbereitschaft und Anteilnahme am Schicksal der Ukraine und seiner
69 Bevölkerung seit Kriegsausbruch ungebrochen groß. Ihnen allen gebührt für ih-
70 ren unermüdlichen Einsatz und ihr großes Engagement unser Dank und unsere
71 Anerkennung. Als sichtbares Zeichen der Anerkennung für dieses großartige,
72 ehrenamtliche Engagement schlagen wir vor, Menschen, die beispielsweise
73 Flüchtlinge mietfrei in ihrem privaten Wohnraum beherbergen, im Jahr 2022
74 einmalig mit einem jährlichen Zusatzsteuerfreibetrag von beispielsweise 5.000
75 Euro für ihr vortreffliches Engagement zu belohnen. Dies könnte weitere Privat-
76 personen dazu animieren, Gutes zu tun und wäre für den Staat allemal wirt-
77 schaftlicher, als selbst für entsprechenden Wohnraum zu sorgen. Insoweit wäre
78 es nur fair, diesen Menschen für ihren Beitrag zur Bewältigung dieser Master-
79 aufgabe mittelbar einen Vorteil zu gewähren. Aber auch unsere Kommunen
80 brauchen Verlässlichkeit und insbesondere auch finanzielle Unterstützung vom
81 Bund, um diese Mammutaufgabe der Unterbringung und Versorgung der Men-
82 schen erneut stemmen zu können. Die vom Bund bereits zugesagten zwei Mil-
83 liarden Euro reichen hierfür nicht aus. Wir fordern den Bund daher auf, hier zur
84 Unterstützung der Kommunen schnellstmöglich nachzusteuern.

85 Darüber hinaus bedarf es aber auch einer Registrierung und gerechten Vertei-
86 lung von Geflüchteten innerhalb Deutschlands, um insbesondere die Ballungs-
87 zentren und großen Städte, die für die Menschen zu ersten Anlaufstellen ge-
88 worden sind, weiter zu entlasten.

b) Eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung

89 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns unsere zu starke Abhängig-
90 keit von russischen Energieimporten nochmals deutlich vor Augen geführt. Es
91 bedarf daher zwingend auch einer Kehrtwende in der bisherigen, deutschen
92 Energiepolitik. Oberstes Ziel muss es dabei sein, dass Energie für jeden Bürger
93 zuverlässig verfügbar und bezahlbar bleibt – egal ob in Form von elektrischem
94 Strom, Wärme oder Kraftstoffen. Wir wollen hierzu die regionale, dezentrale und
95 bürgernahe Versorgung stärken sowie Importe ausländischer Ressourcen
96 diversifizieren, um Abhängigkeiten konsequent zu reduzieren. Dafür setzen wir
97 auf eine dreigliederige Strategie aus kurz-, mittel- und langfristigen Maßnah-
98 men.

99 Kurzfristig müsse die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und deren Im-
100 portvolumen verringert werden – insbesondere aus Russland. Nur so kann eine
101 sichere Energieversorgung gewährleistet werden. Einen vorschnellen Boykott
102 russischer Erdgaslieferungen ohne vorherige Gewährleistung der Versorgungss-
103icherheit lehnen wir ab.

104 Mittelfristig muss unter anderem die Wasserstoffwirtschaft europaweit erheblich
105 ausgebaut werden. Dazu fordern wir die Bundesregierung auf, insbesondere in
106 den Aufbau der notwendigen Infrastruktur an Pipelines und Wasserstoff-Tank-
107 stellen zu investieren. Weiterhin müssen die nationalen Nutzungsmöglichkeiten
108 für Ammoniak ausgebaut sowie weitere Forschungs- und Entwicklungsprojekte
109 konsequent gefördert werden. Wichtige Schwerpunkte liegen dabei nicht nur in
110 der Stromerzeugung, sondern auch in den Bereichen Wärmeversorgung und
111 Mobilität.

112 Um die Energiewende langfristig zu meistern, sind wir der Überzeugung, dass
113 es zudem notwendig ist, völlig neuartige Technologien zu unterstützen. Dies
114 erstreckt sich einerseits auf innovative Speichertechnologien für Strom und
115 Wärme, welche die hohe Fluktuation erneuerbarer Energiequellen wie Wind und
116 Sonne ausgleichen können. Andererseits soll auch die Fusionstechnologie als
117 möglicher grundlastfähiger Stromlieferant weiter erforscht werden.

c) Gewährleistung der Ernährungs- und Versorgungssicherheit

118 Russland und die Ukraine gehören zu den größten Weizenexporteuren der Welt
119 – allein das zeigt bereits, vor welcher Herausforderung Europa steht, um seine
120 Ernährungssouveränität auch bei einer länger anhaltenden Störung der Märkte
121 zu sichern. Wir fordern deshalb, regionale Versorgungskreisläufe zu stärken.
122 Gleichzeitig ist es von größter Bedeutung, Flächen zur Lebensmittelproduktion
123 zu erhalten sowie den Einsatz von regionalen Eiweißpflanzen als Protein- und
124 Stickstoffquelle zu erhöhen, um noch bestehende Importabhängigkeiten zu ver-
125 ringern. Durch eine deutliche Steigerung der Produktion von Getreide, Mais und
126 Biomasse können einerseits die Ernährungssicherheit trotz Wegfalls von Impor-
127 ten aus Osteuropa und andererseits die Versorgungssicherheit trotz wegbre-
128 chender Energieimporte gewährleistet werden. Außerdem sollten alle verfügba-
129 ren Flächen bewirtschaftet werden. Zudem müssen die Verschärfungen der ak-
130 tuellen Düngeverordnung ausgesetzt werden, um mehr Erträge auf unseren
131 Feldern erwirtschaften zu können als derzeit.

132 Zusätzliche Versorgungssicherheit und Kostendämpfung erreichen wir auch
133 über mehr Biomasse. Hierfür müssen schnellstens die Voraussetzungen ge-
134 schaffen werden. Denn Biogas ist spitzen- und dauerlastfähig, rasch verfügbar
135 und punktgenau nach Bedarf einsetzbar. Es handelt sich um eine sichere Ener-
136 gie, die zudem künftige Generationen nicht belastet. Gleichwohl erfüllt sie den
137 Vorrang für erneuerbare Energie. Wir sollten daher auch über eine Verbesse-
138 rung der Rahmenbedingungen für bestehende Biogasanlagen im EEG nach-
139 denken. Um das Potenzial von Biogas voll auszuschöpfen, müssen jetzt die
140 Weichen gestellt werden, damit vorhandene und noch ungenutzte Potentiale
141 bei der Verwertung von Biomasse erschlossen werden können.